

Auswertung HKK

- die HKK-Maßnahmen sind gem. HKK-Konzept durchnummeriert

- Maßnahmen ohne Anmerkungen in der dritten Spalte gelten als „zugestimmt ohne Anmerkungen“

Nr. im HKK	Überschrift	Zustimmung / Änderung / Ablehnung
1.	Umstellung auf digitale Vertretungsarbeit mit webbasierendem Vertretungsinform-Portal	Änderung: - Arbeit mit Tablet oder PC - Papierform weiterhin möglich
2.	Reduzierungen der Sitzungen von Vertretung und Ausschüssen	Streichung, schon heute haben die SR-Sitzungen zu viele Tagesordnungspunkte
3.	Beschlussvorlagen	Streichung, kann heute schon erfolgen
4.	Öffnungszeiten	Gerade an Brückentagen bleibt das Rathaus geöffnet um Bürgern die Möglichkeit zu geben ihre Dinge zu erledigen. Ein Ausgleich kann an anderen Tagen erfolgen.
5.	Elektronische Verwaltung	Zustimmung unter der Voraussetzung der Einhaltung eines mit dem SR abgestimmten Gesamtkonzeptes für Verwaltungstätigkeiten, aus dem kurzfr. Mehraufwand, langfristiger Nutzen hervor gehen
6.	Haushaltsführung	Streichung, die Verwaltung erscheint heute schon überfordert und langsam aufgrund der Vielzahl der notwendigen innerorganisatorischen Genehmigungen, hier würde nur Aufwand reduziert und gleichzeitig Personalaufwand erhöht
7.	Nachtragshaushalt	
8.	Konto	Streichung, da keine wesentliche Einsparung, aber unverhältnismäßiger Mehraufwand für Verwaltung und Bürger
9.	Verschuldung	Streichung, da inhaltlich irreführend, Abbau der langfr. Kredit = Aufbau der Kassenkredite
10.	Cash-Management	Streichung – kann heute schon umgesetzt werden
11.	Schuldenmanagement	
12.	Umschuldung	
13.	Tilgung	Änderung: Gesamttilgungen sollen 50 Jahre nicht überschreiten, um die nachfolgenden Generationen nicht unverhältnismäßig zu belasten.
14.	PPP	
15.	Überprüfung der Praxis bei Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen	
16.	Kostenvorschuss	Änderung: Streichung „...oder die Erhebung von Mieten für Veranstaltungen ...“ , hat nichts mit dem Punkt zu tun
17.	Skonto	Streichen, kann heute schon umgesetzt werden

18.	Finanzcontrolling	
19.	Investitionscontrolling	
20.	Gesellschaften und Beteiligungen zur Schuldentilgung veräußern	Ablehnen, Einmaleffekt und zu geringer Erlös für eine nachhaltige Änderung der finanziellen Situation
21.	Finanzierung von Fahrzeugen durch Werbung	Streichung, ist unrealistisch und unangemessen für eine Gemeinde
22.	Bauhof auf Hilfsbetrieb reduzieren und Privatisieren	Streichung, da sonst teurer
23.	Versicherungen prüfen und ausschreiben	Streichen, machen wir heute schon, oder nicht?
24.	Stellen	Streichen, kann heute schon gemacht werden
25.	Analyse der Verwaltungsprozesse und Aufgabenkritik	Ablehnen, das ist Aufgabe der Amtsleitungen
26.	Prüfung organisatorischer Maßnahmen zur Personalreduzierung	Ablehnen, das ist Aufgabe der Amtsleitungen
27.	Transparente Darstellung der Anzahl der Stellen	Streichen, sind wir heute intransparent?
28.	Wiederbesetzungssperre	Streichen, wir benötigen keine Sperre aber Nachbesetzungen sollen geprüft werden und restriktiv behandelt werden
29.	Wiederbesetzung von Stellen	Streichen, wir haben heute 32 Stellen in der Verwaltung ohne BM und Stadthauptsekretärin, jede Amtsleiterin verantwortet ca. 15 Stellen, da sollte das Wissen über Bedarfe und Auslastung vorhanden sein
30.	Überstunden	
31.	Stellenprofilbezogene Fortbildungskonzepte	
32.	Schulung von Führungskräften	
33.	Reisekostenverwaltung automatisieren	Zustimmung unter der Voraussetzung, dass der finanzielle Aufwand und die Einsparung in einem guten Verhältnis stehen
34.	Stellenprofilbezogene Fortbildungskonzepte	
35.	Schulung von Führungskräften	
36.	Kostenlose Fortbildungsangebote	Streichung, Fortbildung sollte nach Nutzen und nicht nach Preis bewertet werden
37.	Prüfung der dauerhaften Ausübung der Winterbereitschaft	Streichung, weniger geht nicht
38.	Elektronische Dokumente	
39.	Anschaffungen	
40.	Bauvorhaben	Streichung: „an der demografischen Entwicklung“
41.	Reduzierung Arbeitsaufwand	Streichung: Für die sach- und bedarfsgerechte Aufstellung der Verwaltung ist der BM zuständig.

		Werden heute nicht zielgerichtete Aufgaben ausgeführt?
42.	Neubauvorhaben	
43.	Bedarf an Dienstgebäuden	
44.	Einführung eines inneren Vermieter-Mieter-Modells	Streichung: bei der geringen Größe der Verwaltung sind freie Flächen schon heute ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand identifizierbar
45.	Energiesparinvestitionen in kommunale Gebäude	
46.		
47.		
48.		
49.	Gebäudereinigung	Streichung: weniger geht schon nicht mehr
50.		
51.		
52.		
53.		Zustimmung unter der Voraussetzung, dass der Verkaufserlös einen wesentlichen Effekt
54.	Anpassung von Miet-, Pacht und Erbbauzinsen	
55.		
56.		
57.	Vermögensverwertung	Liste ja, dann Diskussion
58.	Dorfgemeinschaftshäuser	“Privatisierung” streichen
59.	Landwirtschaftl. Flächen	Statt veräußern, eher verpachten
60.		
61.		
62.	Straßenbeschilderung	Streichen, kann heute schon umgesetzt werden
63.		
64.		Ablehnung
65.		Zustimmung unter der Voraussetzung, dass der OR zustimmt
66.		
67.		
68.		
69.		
70.		
71.		
72.		
73.		
74.	Instandsetzung in Schulen	Streichen, Eltern ersetzen nicht den Bauhof
75.		
76.	Subvention. Mittagessen	Streichen
77.		
78.		Ablehnung
79.		
80.		Es wird kritisch gesehen, ob ein Kultur- und Heimatverein dies leisten kann
81.		
82.		
83.		

84.	Zuschüsse für Seniorenfeiern	Streichen, da kaum Effekt auf Haushalt
85.		Ablehnung
86.		Ablehnung
87.	Kitas an Leistungsfähigkeit ausrichten	Streichen, Infrastruktur sollte erhalten bleiben
88.		
89.		Ablehnung, da Eltern auch schon ehrenamtlich tätig werden sollen
90.	Bewirtschaftung von Kitas	Streichen, Eltern ersetzen nicht den Bauhof
91.		
92.		
93.	Errichtung von Spielplätzen	Streichen
94.		Zustimmung
95.		Ablehnung, Sportvereine sind wesentlicher Bestandteil der Jugendarbeit in der EGem
96.		Streichung, da keine finanziellen Auswirkungen
97.	Geldwerte Sachleistungen an Sportvereine	Streichen, Sportvereine übernehmen im Wesentlichen die Jugendbetreuung und müssen unterstützt werden, denkbar wäre ein Budget an Bauhofleistungen je Verein in Abhängigkeit von der Größe, Denkbar wäre auch die Finanzierung einer Alternative, anstatt regelmäßigem Rasenmähen, die Anschaffung eines Mährobotters, der dann vom Verein betrieben wird
98.		
99.		
100.		Ablehnung
101.		
102.		
103.		
104.		Ablehnung
105.		
106.		Zustimmung
107.	Einnahmeerzielung an Sportstätten	Streichung: Sportvereine übernehmen im Wesentlichen die Jugendbetreuung und müssen unterstützt werden
108.		Streichen
109.		Streichen
110.	Energiekosten im Freibad	Streichen, wir haben keine beheizten Freibäder
111.		
112.		
113.		
114.		Ablehnung
115.		
116.		
117.		
118.		
119.		Ablehnung
120.		
121.		

122.		
123.		Zustimmung, wenn die rechtlichen Bedingungen eingehalten werden
124.		
125.		
126.	Straßenreinigung, Winterdienst, Straßenbeleuchtung	Abschaltung erfolgt heute schon, wofür ist Beschluss notwendig?
127.		
128.	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung privatisieren oder in IKZ durchführen	Zustimmung zur Prüfung einer IKZ-Lösung. Eine Privatisierung wird nur unterstützt, wenn die Servicequalität nachweislich erhalten bleibt und keine Nachteile für die Ortsteile entstehen.
129.		
130.		
131.		
132.		
133.		
134.	Parkgebühren erhöhen	Zustimmung nur bei einer moderaten und sozialverträglichen Anpassung. Für Parkplätze in den Ortsteilen sollten gegebenenfalls Ausnahmeregelungen oder reduzierte Gebühren geprüft werden.
135.	Einführung von Anwohnerparkausweisen	Zustimmung zur Prüfung. Eine Umsetzung soll nur in den betroffenen Bereichen und nach vorheriger Beteiligung der Anwohner erfolgen.
136.	Vermarktung von Werbeflächen auf Parkplätzen	Zustimmung unter der Voraussetzung, dass klare Gestaltungsrichtlinien festgelegt werden und die jeweiligen Ortschaftsräte bei der Standortauswahl beteiligt werden.
137.	Rentierlichkeit von Parkplätzen prüfen und ggf. verpachten	Zustimmung zur Prüfung im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens. Eine Verpachtung kommt nur in Betracht, wenn keine Nachteile für die Bevölkerung und die örtliche Infrastruktur entstehen.
138.	Bereitstellung von Werbeflächen an Haltestellen	Zustimmung zur Prüfung unter der Voraussetzung, dass die jeweiligen Ortschaftsräte bei der Standortauswahl beteiligt werden und gestalterische Vorgaben eingehalten werden.
139.		Zustimmung
140.	Neue Sitzbänke	Streichung, da kaum Effekt
141.		
142.		Ablehnung
143.	Anzahl der Friedhöfe beschränken	Ablehnung eines pauschalen Grundsatzbeschlusses zur Friedhofsschließung. Stattdessen wird eine ortsteilbezogene Bedarfsanalyse mit Beteiligung der Bürgerschaft gefordert.
144.	Bedarf und Realisierung von Baumgrabstätten prüfen	Zustimmung zur Prüfung und Einführung von Baumgrabstätten. Die konkrete Ausgestaltung soll unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der bestehenden Friedhofskultur erfolgen.

145.	Nicht mehr benötigte Friedhofsflächen entwidmen	Zustimmung zu einer bedarfsorientierten Prüfung einzelner Teilflächen. Die Entscheidung über Entwidmungen soll ortsbezogen und unter Beteiligung des jeweiligen Ortschaftsrates erfolgen.
146.	Kostendeckende Gebühren im Friedhofswesen erheben	Zustimmung zur Neukalkulation der Gebühren. Eine vollständige Kostendeckung wird kritisch gesehen; soziale Verträglichkeit und Vergleichbarkeit mit Nachbarkommunen sind zu berücksichtigen.
147.		
148.	Veräußerung kommunaler Forstflächen	Ablehnung eines pauschalen Verkaufs kommunaler Forstflächen. Eine Prüfung kann lediglich für einzelne, nachweislich entbehrliche Flächen erfolgen; der Ortschaftsrat ist frühzeitig einzubeziehen.
149.	Freiwillige Leistungen im Klimaschutz auf Ehrenamtliche verlagern	Zustimmung zur stärkeren Einbindung des Ehrenamtes, sofern die Kommune weiterhin koordinierend unterstützt und notwendige Aufgaben nicht vollständig auf Ehrenamtliche übertragen werden.
150.	Ansiedlungswerbung strukturieren	Zustimmung unter der Voraussetzung einer verbindlichen Beteiligung der Ortschaftsräte und einer ausgewogenen Bewertung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Kriterien.
151.	Liegenschaftsmanagement auf Wirtschaftsförderung abstimmen	Zustimmung, sofern die Interessen der Ortsteile und örtlichen Gewerbetreibenden angemessen berücksichtigt werden.
152.	Gewerbliche Aktivitäten dem Handel und den Gewerbetreibenden anvertrauen	Teilweise Zustimmung. Vor einer Übertragung ist ein tragfähiges Konzept mit den örtlichen Akteuren zu erarbeiten. Eine vollständige Aufgabenabgabe wird kritisch gesehen.
153.		
154.	Ehrenamt bei Wanderwegen	
155.	Sponsoring bei Wanderwegen	
156.	Hundesteuer anpassen	Zustimmung nur bei nachvollziehbarer Begründung und moderater Ausgestaltung; alternativ Prüfung einer geringeren Erhöhung oder sozialverträglicher Regelungen.
157.	Einführung einer Zweitwohnungssteuer	Zustimmung zur Prüfung und Einführung, sofern Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis stehen.
158.	Festsetzung einer Stellplatzsteuer für Dauercamper	Zustimmung zur Prüfung, Einführung nur bei nachweislich wirtschaftlicher und praktikabler Umsetzung.
159.	Vergnügungssteuer anpassen	
160.	Verwaltungskostensatzung auf vollständige Kostendeckung überprüfen	Zustimmung unter der Voraussetzung einer nachvollziehbaren Kalkulation und einer sozialverträglichen Umsetzung.
161.	Anpassung Realsteuersätze	Ablehnung

Anlage 2

162.	Schaffung eines Hundefriedhofes	Ablehnung, da Kalkulation für den Friedhof in Cobbel ja schon nicht möglich ist
163.	Veränderung des Stellenplanes	
164.		